



Auszugsweise Abschrift aus der Hauptsatzung der Gemeinde Hennstedt vom
28.05.2003

Hauptsatzung

der Gemeinde Hennstedt
Kreis Dithmarschen

- § 1 Wappen, Flagge, Siegel
- § 2 Bürgermeisterin oder Bürgermeister
- § 3 Gleichstellungsbeauftragte
- § 4 Ständige Ausschüsse
- § 5 Aufgaben der Gemeindevertretung
- § 6 Einwohnerversammlung
- § 7 Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern
- § 8 Verpflichtungserklärungen
- § 9 Veröffentlichungen
- § 10 Inkrafttreten

§§ 1 - 8 pp.

§ 9

Veröffentlichungen

- (1) Satzungen der Gemeinde werden in der regelmäßig wöchentlich erscheinenden Zeitung „Informationsdienst für das Amt Kirchspielslandgemeinde Hennstedt“ bekanntgemacht. Die Veröffentlichung ist mit Ablauf des Erscheinungstages bewirkt.
- (2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 10
Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt mit Wirkung vom 01.04.2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 02.08.1991 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 21.05.2003 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Hennstedt, den 28.05.2003
gez. Schallhorn
(Bürgermeister)

Die vorstehende auszugsweise Abschrift aus der Hauptsatzung der Gemeinde Hennstedt vom 28.05.2003 wird hiermit beglaubigt.

Hennstedt, den 29.05.2008
Amt Kirchspielslandgemeinden Eider
Der Amtsvorsteher
Im Auftrag




Jens Kracht

Begründung

zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hennstedt

für die Gebiete

- a. „Apeldör, nördlich der L 149, östlich der vorhandenen Bebauung Apeldör 1“
- b. „Buschlagerplatz, zwischen Schulstraße und Busch“

1. Ziele, Zwecke und wesentliche Auswirkungen der Flächennutzungsplanänderung

1.1 Allgemeines

Die Gemeinde Hennstedt verfügt seit dem 07-09-1973 über einen wirksamen Flächennutzungsplan, der seinerzeit vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein genehmigt wurde und die örtlichen Gegebenheiten sowie die bis dato bekannten Zielplanungen für die weitere Entwicklung der Gemeinde darstellt.

Dieser Flächennutzungsplan wurde bisher in neun Änderungsverfahren fortgeschrieben und aktualisiert; eine neunte Änderung ist derzeit im Aufstellungsverfahren.

Mit Stand vom 31-12-2005 wies die Gemeinde Hennstedt als ländlicher Zentralort insgesamt 1.885 Einwohner auf. Die Gemeinde ist Sitz der Amtsverwaltung, Grund-, Haupt- und Realschul- sowie Kindergartenstandort und unterhält eine Außenstelle der Förderschule Tellingstedt; sie verfügt über ein Freibad, einen Golfplatz (Gut Apeldör) sowie über Windenergieeignungsflächen.

Der festgestellte Landschaftsplan der Gemeinde Hennstedt steht den nachfolgend aufgeführten Planungszielen nicht entgegen.

Kinder und Jugendliche werden in den veröffentlichten Einladungen zu gemeindlichen Sitzungen, in denen der vorliegende Plan erörtert wird, gesondert angesprochen und eingeladen.

Die Lage der Teiländerungsflächen, die bisherigen und zukünftigen Nutzungen sowie die Ziele der Planungen werden im Einzelnen wie folgt erläutert:

1.2 Teilbereich a:

„Apeldör, nördlich der L 149, östlich der vorhandenen Bebauung Apeldör 1“

Die Änderungsflächen innerhalb des Teilbereiches a sind im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Hennstedt als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

Die Änderungsflächen mit einer Größe von ca. 1,6 ha liegen im Südosten des Gemeindegebietes, nördlich der Landesstraße 149 und des Golfplatzes Apeldör. Derzeit werden die Flächen noch landwirtschaftlich genutzt.

Im Zuge der zeitnahen Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von ca. 10 Ferienhäusern mit anschließendem Freizeitaktivitätsbereich geschaffen.

Die vorliegende Flächennutzungsplanänderung stellt hierzu den nördlichen Teil der Flächen des Geltungsbereiches als Sondergebiete –SO–, die der Erholung dienen, „Ferienhausgebiete“ und den südlich angrenzenden Teil als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Golf und Freizeit“ dar.

Dieses Vorhaben ist konzeptionell eng mit dem Golfplatz „Gut Apeldör“ verknüpft und soll die touristische Bedeutung des Gesamtbereiches weiter heben. Die Gesamtanlage erfreut sich einer hohen Akzeptanz und hat sich etabliert. Die gemeindliche Zielsetzung, durch diese Anlage die fremdenverkehrliche Infrastruktur Dithmarschens zu stärken und zu ergänzen sowie in Verbindung mit dem vorhandenen Freizeitangebot an der Eider die Situation der Naherholungseinrichtungen in der Region zu verbessern, konnte realisiert werden und soll sukzessiv weiter entwickelt werden.

Um für die im Zuge der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 vorgesehenen Festsetzungen die Voraussetzung zu schaffen, werden die bisher nach § 5 Abs. 2 Nr. 9a BauGB als Flächen für die Landwirtschaft dargestellten Flächen nunmehr als Sondergebiete – SO –, die der Erholung dienen, - Ferienhausgebiete - nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 10 BauNVO sowie als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Golf und Freizeit“ nach § 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB dargestellt.

1.3 Teilbereich b:

„Buschlagerplatz, zwischen Schulstraße und Busch“

Die Änderungsflächen innerhalb des Teilbereiches b mit einer Größe von ca. 1,0 ha sind im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Hennstedt ebenfalls als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt und liegen zwischen der Schulstraße und der Straße „Busch“ nördlich des Siedlungsgebietes der Gemeinde Hennstedt.

Die gemeindeeigene Fläche wurde bis 1971 als Hausmüllkippe genutzt. Heute findet sie als gemeindliches Zwischenlager für Baumaterialien und als Buschsammelplatz Verwendung. Mit der nunmehr vorgesehenen Darstellung als Sonderbaufläche – S – Bauhof – Buschsammelplatz wird die bisherige Darstellung im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft geändert und an die tatsächliche Nutzung angepasst. Eine bauliche Entwicklung des Gesamtänderungsbereiches ist nicht vorgesehen. Der Umweltbericht zur vorliegenden Planung definiert grünordnerische Hinweise, die zukünftig für den betreffenden Bereich zu berücksichtigen sein werden.

Die bisher nach § 5 Abs. 2 Nr. 9a BauGB als Flächen für die Landwirtschaft dargestellten Flächen werden nunmehr als Sonderbauflächen – S – „Bauhof – Buschlagerplatz“ nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO dargestellt.

2. Umweltbericht

(Verfasser: Planungsbüro Mordhorst GmbH)

2.1 Einleitung / Methodik

Mit der 10. Änderung ihres Flächennutzungsplanes in zwei Teilbereichen schafft die Gemeinde Hennstedt zum einen die planungsrechtliche Voraussetzung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16, mit der die Errichtung einer Ferienhaus-Anlage benachbart zum Golfplatz Apeldör ermöglicht werden soll und passt zum anderen den Bereich der ehemaligen Hausmüllkippe nördlich der Ortslage Hennstedt an die tatsächliche Nutzung als Bauhof / Buschlagerplatz an.

Der Untersuchungsumfang wurde mit der Gemeinde im Rahmen einer frühzeitigen Behördenbeteiligung ("Scoping") am 15. März 2006 abgestimmt.

Die Umweltprüfung zur Änderung des Flächennutzungsplanes stützt sich im Wesentlichen auf Aussagen und Bewertungen des Landschaftsplanes. Zur Überprüfung der aktuellen Situation wurde durch das Planungsbüro Mordhorst im April 2006 eine Begehung beider Teilflächen durchgeführt. Eigenständige technische Verfahren wurden für die Umweltprüfung nicht eingesetzt.

Bezüglich der ehemaligen Hausmüllkippe liegt zur Prüfung auf Deponiegas im Untergrund ein Gutachten über orientierende Bodenluftuntersuchungen des Instituts für Gewässerschutz und Umgebungsüberwachung (IGU) aus Kiel vor, das auch Hinweise zum Bodenaufbau liefert.

Wesentliche Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Umweltinformationen und Hinweise auf erhebliche Kenntnislücken haben sich nicht ergeben.

Hinsichtlich möglicher Auswirkungen der Vorhaben auf die Umwelt erfolgt eine Risikoabschätzung.

Im Hinblick auf die Ferienhaus-Anlage Apeldör bleiben detaillierte Darstellungen zu den Schutzgütern sowie die Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich der Umweltprüfung im Rahmen der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 und dem zugehörigen landschaftsökologischen Fachbeitrag vorbehalten.

Für den Bauhof / Buschlagerplatz auf der ehemaligen Deponie ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes nicht vorgesehen. Der vorliegende Umweltbericht wird daher um Hinweise zur Grünordnung in diesem Bereich ergänzt.

2.2 Beschreibung des Planvorhabens

Der Änderungsbereich des Flächennutzungsplanes umfasst in zwei Teilbereichen ca. 2,6 ha. Naturräumlich befinden sich beide Teilbereiche in einer schwach welligen Altmoränenlandschaft der Heider-Itzehoeer Geest in einem ländlich geprägten Umfeld. Nach Norden hin grenzt großräumig die Eider-Treene-Sorge-Niederung an.

Der **Teilbereich a** (1,6 ha) liegt im Südosten des Gemeindegebietes, nördlich der Landesstraße 149 und des Golfplatzes Apeldör. Derzeit wird die Fläche als Pferdeweide landwirtschaftlich sowie im südlichen Teil als hofnaher Reitplatz genutzt.

Die Flächennutzungsplanänderung stellt im Norden des Geltungsbereiches eine Sonderbaufläche "Ferienhausgebiet" und südlich angrenzend eine Grünfläche "Golf und Freizeit" dar. Im Zuge der weiterführenden, verbindlichen Bauleitplanung (vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16) soll die planungsrechtliche Voraussetzung zur Errichtung von ca. 10 Ferienhäusern mit anschließendem Freizeitaktivitätsbereich vor allem für Kinder geschaffen werden.

Das Vorhaben ist konzeptionell an den Golfplatz "Gut Apeldör" gebunden und soll die touristische Bedeutung der Anlage weiter stärken.

Die verkehrliche Erschließung ist über den östlich angrenzenden Wirtschaftsweg mit Anbindung an die Landesstraße 149 Hennstedt – Tellingstedt vorgesehen.

Der **Teilbereich b** (1,0 ha) liegt im Zwickel der Schulstraße und der Straße "Busch" nördlich der Siedlungsflächen der Ortslage Hennstedt. Bis 1971 diente die gemeindeeigene Fläche als Hausmüllkippe. Heute findet sie als gemeindliches Zwischenlager für Baumaterialien und als Buschsammelplatz Verwendung. Am nordwestlichen Rand befindet sich eine Hütte, die bisher vom ortsansässigen Motorradclub für gelegentliche Treffen genutzt wurde.

Mit der vorgesehenen Ausweisung einer Sonderbaufläche "Bauhof / Buschsammelplatz" wird die bisherige Darstellung im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft geändert und an die tatsächliche Nutzung angepasst. Eine bauliche Entwicklung ist nicht vorgesehen.

2.3 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung

Landschaftsprogramm

Im 1999 verabschiedeten Landschaftsprogramm werden die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes auf Landesebene unter Beachtung der Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung dargestellt.

Wesentliche Inhalte sind der Handlungs- und Umsetzungsrahmen für den Naturschutz, schutzgutbezogene Ziel- und Entwicklungskonzepte, ein räumliches Zielkonzept für den Naturschutz sowie allgemeine naturschutzfachliche Hinweise und Empfehlungen.

Im räumlichen Zielkonzept werden Räume für eine überwiegend naturnahe Entwicklung und Räume für eine überwiegend naturverträgliche Nutzung von der übrigen Landesfläche unterschieden. Der Differenzierung liegen vor allem die Anteile an naturnahen Landschaftselementen, die Standorteigenschaften und -empfindlichkeiten sowie die ökologischen Entwicklungspotenziale zugrunde.

Den jeweiligen Räumen werden Ziele zugeordnet, die die Erfordernisse des Naturschutzes grundsätzlich beschreiben und bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden sollen.

Beide Teilbereiche sind dem Raum für eine überwiegend naturverträgliche Nutzung zugeordnet, der die Sicherung und Entwicklung von Landschaftsräumen mit besonderen standörtlichen Voraussetzungen zum Ziel hat. Angestrebt wird eine Kooperation von Naturschutz und Nutzungsansprüchen, die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vermeidet oder zumindest stark minimiert.

Grundlage für die Einstufung ist die Lage am südlichen Rand der Eider-Treene-Sorge-Region, die ein "Gebiet mit besonderer Bedeutung für die Bewahrung der Landschaft, ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie als Erholungsraum" darstellt und einen "Schwerpunktraum des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems der landesweiten Planungsebene" bildet. Der Teilbereich a liegt zudem im geplanten Wasserschutzgebiet für das Wasserwerk Linden.

Unmittelbare Einschränkungen für die Vorhaben ergeben sich aus den Darstellungen des Landschaftsprogrammes nicht (s.a. Abschnitt Landschaftsrahmenplan).

Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum IV (Dithmarschen, Steinburg) liegt seit März 2005 in einer Neufassung vor. In ihm werden die überörtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes dargestellt.

- In weitgehender Übernahme der Darstellung des Landschaftsprogrammes gehören beide Teilflächen randlich zu einem großräumigen Gebiet mit besonderer Erholungseignung, das die gesamte Eider-Treene-Sorge-Region umfasst. Einen Bezug zur Erholungsfunktion hat auch die Kennzeichnung der westlich an der Teilbereich b vorbeiführenden Schulstraße als Teil eines Radfernweges. Mit den Vorhaben sind keine erheblichen Beeinträchtigungen der Erholungsfunktionen verbunden. Eine differenzierte Einschätzung erfolgt unter den Punkten 2.5.1 und 2.5.5 (Schutzgüter Mensch und Landschaftsbild).
- Nach dem regionalen Entwicklungskonzept liegen beide Teilbereiche nicht in Gebieten mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems. Als Schwerpunktbereich ist das Niedermoor bei Hennstedt-Busch ca. 0,8 km nördlich des Teilbereiches b benannt. Insoweit bleibt der Landschaftsrahmenplan flächenmäßig deutlich hinter der schematischen Darstellung des Landschaftsprogrammes zurück.
- Der Teilbereich a liegt innerhalb des geplanten Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Linden. Dem Grundwasserschutz kommt daher besondere Bedeutung zu. Erhebliche vorhabenbedingte Risiken bestehen aber nicht (s.a. Punkt 2.5.3, Schutzgüter Boden und Wasser).
- Die östlich an den Teilbereich b angrenzende Töschenbach-Niederung mit den anschließenden Geestbereichen ist als strukturreicher Kulturlandschaftsausschnitt dargestellt. Diese Räume sind durch eine umweltschonende land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung, einen geringen Zerschneidungsgrad sowie einen hohen Anteil naturnaher Kleinstrukturen geprägt und Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten der Kulturbiotope.
Der Teilbereich befindet sich am Rand der dargestellten Flächenkategorie. Für die Fläche selbst ist eine besondere Empfindlichkeit aufgrund der Vorbelastung als Deponiestandort nicht gegeben. Da mit dem Vorhaben keine Nutzungsänderung verbunden ist und zudem die Eingrünung gewährleistet werden kann, können auch Beeinträchtigungen der benachbarten Kulturlandschaftsausschnitte vermieden werden.

Landschaftsplan

Der Landschaftsplan wurde von der Gemeinde im November 1998 beschlossen und ist festgestellt.

Für den Teilbereich a werden im Landschaftsplan keine konkreten Hinweise gegeben, da das Vorhaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht absehbar war.

Der Bereich Apeldör wird in der räumlichen Gliederung dem Teilraum "Hohe Geest" zugeordnet, als dessen wesentliche Funktionen Landwirtschaft und Wohnen mit der Nebenfunktion Erholung benannt sind. Angestrebtes Entwicklungsziel ist eine strukturreiche Kulturlandschaft mit einem höheren Anteil extensiv genutzter Flächen.

Das Planvorhaben trägt zur Stärkung der Erholungs- / Tourismusfunktion des Teilraumes bei. Es steht daher nicht im Widerspruch zu den Aussagen des Landschaftsplanes.

Im Landschaftsplan ist für den Teilbereich b auf der Grundlage des Altlastenkatasters des Kreises die vorhandene Altablagerung einschließlich der dazu ermittelten Daten nachrichtlich dargestellt. Der Böschungsbereich zum östlich angrenzenden Grundstück wird als Sukzessionsfläche und geschützter Biotop nach § 15a LNatSchG eingestuft. Als Wald i.S. § 2 LWaldG ist die im Nordwesten angrenzende Gehölzparzelle dargestellt. Vorschläge für konkrete

Maßnahmen oder Handlungsempfehlungen enthält der Landschaftsplan in seinem Entwicklungsteil nicht.

Aus den Darstellungen des Landschaftsplanes ergeben sich keine Einschränkungen für das Planvorhaben.

2.4 Alternative Planungsmöglichkeiten

Teilbereich a

Für die Fläche besteht eine sinnvolle Planungsalternative nur in der weiteren landwirtschaftlichen Nutzung. Eine nicht mit der Golfplatzanlage funktional verknüpfte bauliche Entwicklung kommt aufgrund der Lage im Außenbereich nicht in Frage.

Im Bereich des Golfplatzes besteht eine Standortalternative nur unmittelbar benachbart zum Plangebiet auf der östlich des Wirtschaftsweges gelegenen Grünlandfläche. Nur von hier aus können ebenfalls die gewünschten kurzen Wege zum Eingangsbereich des Golfplatzes mit dem Clubhaus gewährleistet werden. Flächen westlich des Plangebietes oder südlich der Landesstraße 149 sind daher als Alternative nicht geeignet bzw. werden bereits anderweitig von der Golfanlage eingenommen.

Für die Alternativfläche sind eindeutige Standortvorteile in ökologischer Hinsicht nicht erkennbar. Nachteilig aus Immissionsschutzsicht ist die geringere Entfernung zu einem Geflügelmastbetrieb an der Landesstraße 149 auf dem Gebiet der Gemeinde Glüsing.

Teilbereich b

Nutzungsalternativen für die Fläche bestehen kaum. Insbesondere für eine landwirtschaftliche Nutzung ist sie aufgrund der Altablagerung nicht geeignet. Sinnvoll erscheint allein, die Fläche der Selbstentwicklung (Sukzession) zu überlassen. Mittel- bis langfristig würde dann eine Waldbildung einsetzen.

Prinzipiell sind in der Gemeinde weitere Flächen für einen Bauhof / Buschsammelplatz geeignet. Aus der Vorbelastung des Plangebietes resultiert aber eine sehr geringe ökologische Empfindlichkeit gegenüber der bereits bestehenden Nutzung. Bei einer Inanspruchnahme alternativer Flächen sind dagegen Eingriffe in den Naturhaushalt kaum vermeidbar.

2.5 Auswirkungen auf die Umwelt durch Umsetzung der Planung

2.5.1 Schutzgut Mensch

Teilbereich a

Siedlungsumfeld

Das Plangebiet umfasst die Hofkoppel eines westlich angrenzenden, ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebes, dessen Eigentümer Initiator des Vorhabens ist.

Geschlossene Siedlungsbereiche sind im weiteren Umfeld des Teilbereiches nicht vorhanden. Südlich der Landesstraße grenzen die Baulichkeiten der Golfanlage "Gut Apeldör" mit Clubhaus und Apartmenthotel an. Die räumliche Nähe des Vorhabens hierzu ist konzeptionell gewünscht.

Während der Bauphase ist vor allem mit Lärm- und Staubemissionen zu rechnen. Nach Fertigstellung sind mögliche Beeinträchtigungen im zusätzlichen Verkehrsaufkommen (Lärm, Abgase) zur Ferienhaus-Anlage zu sehen.

Die baubedingten Auswirkungen sind unvermeidbar, aber zeitlich begrenzt und auf die üblichen werktäglichen Tageszeiten beschränkt. Anwohner sind von den zusätzlichen Verkehren nicht erheblich betroffen.

Verkehrsanbindung

Die äußere Erschließung erfolgt über den im Osten angrenzenden Wirtschaftsweg zur Landesstraße 149 Hennstedt – Tellingstedt im Süden. Durch die Lage im Außenbereich sind an den Einmündungsbereich des Wirtschaftsweges in die Landesstraße zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit besondere Anforderungen zu stellen. Gefährdet sind vor allem die Landesstraße in / aus Richtung Golfplatzanlage querende Fußgänger.

Für die künftige Verkehrssituation im Anbindungsbereich an die Landesstraße ist in Vorbereitung der verbindlichen Bauleitplanung zwischen dem Erschließungsplaner und dem zuständigen Landesbetrieb Straßenbau bereits eine Lösung erarbeitet worden. Die Maßnahmen umfassen im Wesentlichen eine Aufweitung des künftigen Knotenpunktes.

Weiter ist für den Abschnitt von der Landesstraße bis zur Zufahrt zum Ferienhaus-Gelände der (wassergebundene) Ausbau des Wirtschaftsweges auf eine Fahrbahnbreite von 4,75 m und die Herstellung eines separaten Fußweges vorgesehen.

Erholung

Im Umgebungsbereich kommt vor allem der bestehenden Golfanlage "Gut Apeldör" eine hohe Bedeutung für die Erholung zu, auch wenn sich diese auf die Gruppe der Golfspieler beschränkt. Als Anziehungspunkt trägt der Golfplatz aber auch zur Belebung des Tourismus in der Region bei. Mit dem Vorhaben wird diese Funktion weiter gestärkt.

Der übrige agrarisch geprägte Umgebungsbereich nördlich der Landesstraße 149 besitzt eine lokale Bedeutung für die Naherholung (Spaziergänger, Radfahrer) vor allem der ansässigen Bevölkerung benachbarter Ortslagen. Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungseignung durch das Vorhaben sind aber nicht erkennbar, auch da eine Eingrünung bereits besteht bzw. gewährleistet werden kann.

Sonstiges

Die Erschließung des Plangebietes durch Ver- und Entsorgungsleitungen kann vom bestehenden örtlichen Leitungsnetz aus gewährleistet werden.

Teilbereich b

Siedlungsumfeld

Die überplante Fläche liegt nördlich des geschlossenen Siedlungsgebietes der Ortslage Hennstedt (B-Plan-Gebiet Nr. 8 "Am Kakerberg"). Der geringste Abstand zum Ortsrand beträgt 80 m. Unmittelbar östlich am Böschungsfuß grenzt das Grundstück eines einzeln stehenden Wohnhauses an der Straße "Busch" an.

Die Bauhof-Tätigkeiten können mit Emissionen von Lärm und Staub verbunden sein. Diese sind aber zeitlich eng begrenzt, da die Nutzung wie bisher nur nach Bedarf und ausschließlich durch die Gemeinde erfolgt. Mit den randlichen Gehölzstreifen besteht gegenüber den benachbarten Siedlungsflächen zudem eine wirksame Abschirmung. Erhebliche Beeinträchtigungen durch das Vorhaben sind daher nicht erkennbar.

Gesundheit

Aus der ehemaligen Nutzung des Geländes als Hausmüllkippe können sich Gefahren für die menschliche Gesundheit durch die Bildung explosionsfähiger Luft- / Gasmische und die Verdrängung von Luftsauerstoff in Räumen ergeben.

Die Gemeinde beauftragte daher 2004 das IGU - Institut für Gewässerschutz und Umgebungsüberwachung, Dr. Biernath-Wüpping GmbH – Kiel, Bodenluftuntersuchungen zur Prüfung auf Deponiegase im Untergrund auszuführen.

Durch die Untersuchungen wurden Deponiegase (Methan) in der Bodenluft der Ablagerung festgestellt. Gefahrenrelevante Gaskonzentrationen, die potenzielle Risiken durch Migration von Gasen in geschlossene Räume aufzeigen, traten an zwei der insgesamt fünf Messpunkte auf. Im Hinblick auf die Bauhof-Nutzung bestehen aber keine Einschränkungen, auch da Bodenversiegelungen und bauliche Entwicklungen nicht vorgesehen sind.

Erholung

Eine besondere Erholungsfunktion der Fläche lässt sich aus der gegenwärtigen gemeindlichen Bauhof-Nutzung nicht ableiten.

Dem angrenzenden strukturreichen Landschaftsausschnitt außerhalb der Siedlungsbereiche kommt eine lokale Bedeutung für die Erholung zu. Durch die am Plangebiet vorbeiführenden, verkehrsarmen Gemeindestraßen ist dieser für Spaziergänger und Radfahrer der Bevölkerung erlebbar. Die Schulstraße ist zudem Teil des ausgeschilderten regionalen Radwandernetzes.

Erhebliche Beeinträchtigungen der Erholungseignung durch das Vorhaben sind aber nicht erkennbar. Mit den vorhandenen Gehölzstreifen und der im Nordwesten angrenzenden Waldparzelle ist eine weitgehende Abschirmung der Fläche gegenüber der Umgebung bereits gegeben. In geringem Umfang bestehende Eingrünungs-Defizite im südöstlichen Böschungsbereich lassen sich durch grünordnerisch empfohlene Bepflanzungen beheben (s. Punkt 2.6).

2.5.2 Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt

Teilbereich a

Das Plangebiet wird überwiegend von einer als Pferdeweide genutzten Grünlandfläche eingenommen. Nach dem Landschaftsplan handelt es sich um einen relativ artenarmen Bestand mit nur wenigen krautigen Pflanzen. Im Süden der Fläche ist ein Reitplatz ausgezäunt.

Von besonderer Bedeutung für den Naturschutz ist ein von Weidenbüschen eingefasstes Kleingewässer mit Schutzstatus nach § 15a LNatSchG am Nordrand der Fläche. Eingriffe sind nach den derzeitigen Planungen nicht vorgesehen.

Eine weitere ökologisch bedeutsame Struktur stellt ein Redder mit Knickwällen und Eichen-Überhältern sowie begleitenden Gräben beidseitig des Wirtschaftsweges an der Ostgrenze der Fläche dar. Hier sind zur Herstellung der Zufahrt zur Sonderbaufläche ein Knickdurchbruch und die Verrohrung eines kurzen Grabenabschnittes unvermeidbar. Die Eingriffe sind ggf. durch besondere Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren.

Im Süden wird der überplante Bereich von einer kleineren Waldparzelle aus vorherrschend Erlen begrenzt. Konflikte mit den vorgesehenen Nutzungen sind nicht erkennbar.

Vorkommen streng geschützter Arten i. S: § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG sind nach den vorliegenden Informationen für den Bereich des Plangebietes nicht bekannt.

Internationale Schutzgebiete, insbesondere gemeldete Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie und europäische Vogelschutzgebiete, sind nicht betroffen. Das nächst gelegene FFH-Gebiet "Wald bei Hollingstedt" befindet sich ca. 1 km nordöstlich des Plangebietes. Auswirkungen des Vorhabens auf den dort vorhandenen Lebensraumtyp der alten bodensauren Eichenwälder sind nicht erkennbar.

Gebiete der nationalen Schutzkategorien der Nationalparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützten Landschaftsbestandteile sind im näheren Umgebungsbereich des Plangebietes nicht vorhanden.

Teilbereich b

Der mit Erdmaterial abgedeckte Deponiekörper stellt eine künstliche Aufschüttung mit stark gestörten Standortverhältnissen dar. Nutzungsbedingt ist im Bereich der Lagerflächen keine oder nur eine sehr spärliche, aus Ruderalarten zusammengesetzte Vegetationsdecke ohne besondere Bedeutung für den Naturschutz vorhanden. Eine Bedeutung vor allem als Rückzugsraum kommt aber den randlichen Gehölzstreifen an der West- und Südgrenze sowie der im Nordwesten angrenzenden Waldparzelle zu. Die ökologische Wertigkeit der Flächen ist durch Beimischungen nicht heimischer Gehölze und teilweise vorhandene Vermüllungen aber eingeschränkt. Eingriffe in die Gehölzstrukturen sind durch das Vorhaben nicht vorgesehen.

Auf der östlichen Böschung der ehemaligen Deponie hat sich weitgehend durch Selbstentwicklung ein naturnaher Gehölzbestand etabliert. Entgegen der Aussage im Landschaftsplan ist eine Einstufung als geschützter Biotop nach der Neufassung des Landesnaturschutzgesetzes 2007 aber nicht mehr möglich, da Sukzessionsflächen mittlerer Standorte, wie vorliegend, nicht mehr zu den geschützten Biotoptypen zählen. In den Bestand wird durch das Vorhaben nicht eingegriffen. Empfohlen wird, die südlich angrenzende Böschung ebenfalls naturnah zu entwickeln (vgl. "Grünordnerische Hinweise" unter Punkt 2.6).

Hinweise auf Vorkommen streng geschützter Arten i. S: § 10 Abs. 2 Nr. 11 BNatSchG liegen nicht vor. Beeinträchtigungen potenzieller Vorkommen im Umgebungsbereich können ausgeschlossen werden, da keine Änderung der bisherigen Nutzung vorgesehen ist.

Internationale Schutzgebiete, insbesondere gemeldete Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach Art. 4 Abs. 2 FFH-Richtlinie und europäische Vogelschutzgebiete, sind nicht betroffen. Die nächst gelegenen Gebiete "Wald bei Hollingstedt" und "Lundener Niederung" befinden sich in rund 3 km bzw. 4 km Entfernung.

Hinsichtlich der nationalen Schutzkategorien erfüllt das ca. 0,8 km nördlich des Plangebietes gelegene Hennstedter Moor nach dem Landschaftsrahmenplan die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet. Vorhabenbedingte Auswirkungen auf die Ziele zum Schutz und zur Entwicklung des Moores sind nicht erkennbar.

2.5.3 Schutzgüter Boden und Wasser Teilbereich a

Das Planvorhaben bereitet die Versiegelung von Grundflächen und damit einen Verlust von Bodenfunktionen vor. Gleichzeitig wird auch die Versickerung von Niederschlagswasser eingeschränkt und der oberflächliche Abfluss erhöht.

Nach den Darstellungen der Bodenkarte im Maßstab 1 : 25.000 (Blatt 1721 Tellingstedt) liegt das Plangebiet im Bereich eines Grundwasserbodens (Gley) aus Sand. Zumindest in feuchten Witterungsperioden sind regelmäßig Grundwasserstände von weniger als 1 m unter Flur zu erwarten.

Besondere Risiken für den Bau der Ferienhäuser ergeben sich aus den Boden- und Wasserverhältnissen nicht, da diese ebenerdig gegründet werden.

Prinzipiell besitzen die vorhandenen Sandböden eine besondere Bedeutung für die Grundwasserneubildung. In Abhängigkeit von den Grundwasserständen sind sie auch für die Versickerung von anfallendem Oberflächenwasser aus der Entwässerung von versiegelten Flächen geeignet.

Als offene Gewässer sind an der Nordgrenze zwei Gräben als Zu- und Abfluss eines Kleingewässers vorhanden. Sie dienen wesentlich der Hofentwässerung des südwestlich an das Plangebiet angrenzenden, ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebes. Außerdem verläuft an der Westgrenze ein verrohrtes Gewässer.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Boden sind insgesamt als erheblich zu bewerten und erfordern Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Der Eingriff in den Wasserhaushalt kann dagegen durch die angestrebte Vor-Ort-Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers aus der Entwässerung der Ferienhaus-Anlage und die wasserdurchlässige Ausführung der Verkehrsflächen weitgehend minimiert werden.

Nach den Planungen zur Wasserschutzgebietsausweisung des Wasserwerkes Linden, liegt das Plangebiet innerhalb der äußeren Schutzzone III des zukünftigen Wasserschutzgebietes. Die Entfernung zu den Trinkwasserbrunnen (Schutzzone I) beträgt etwa 1,9 km.

Besondere Risiken für den Trinkwasserschutz gehen von den vorgesehenen Nutzungen nicht aus, so dass Einschränkungen bzw. Auflagen voraussichtlich nicht erforderlich werden.

Teilbereich b

Die ehemalige Hausmüllkippe wurde nach ihrem Nutzungsende mit unterschiedlichem Bodenmaterial und teilweise auch Bauschutt aufgefüllt. Nach den Ergebnissen der vom IGU - Institut für Gewässerschutz und Umgebungsüberwachung, Dr. Biernath-Wüpping GmbH – Kiel im Rahmen von Bodenluftuntersuchungen bis max. 3,7 m tief niedergebrachten Kleinrammbohrungen sind mitteldicht gelagerte Mittelsande vorherrschend. Beimengungen betreffen vor allem Mutterböden und Ziegelreste. Grundwasserstände wurden nicht erbohrt.

Aus dem Bodenaufbau sind keine Risiken für die Nutzung als Bauhof / Buschlagerplatz erkennbar.

Im Altlastenkataster des Kreises ist die Altablagerung unter der Nummer 54 erfasst. Danach wurden bis 1971 etwa 16.500 m³ Hausmüll und Bauschutt abgelagert. Der Handlungsbedarf hinsichtlich einer Sanierung wird mit der Prioritätsstufe 2 eingestuft, d.h. die Deponie sollte in näherer Zukunft untersucht und ggf. saniert werden.

Mit dem seit 2003 gültigen Bewertungssystem wird die Altablagerung in die Klasse k eingestuft. Danach ist im Hinblick auf den vorliegenden Fall die Altlast aus Gründen der Verhältnismäßigkeit nicht vollständig saniert, sondern wird überwacht.

Nach Auskunft der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Nutzung eine Sanierung der Altablagerung nicht erforderlich. In der Vergangenheit durchgeführte Beprobungen des Sickerwassers zeigten zwar eine Belastung, ein erhöhtes Risiko ist damit aber nicht verbunden, da im Umgebungsbereich kein Trinkwasser gewonnen wird.

Die stark gestörten, aufgefüllten Böden der Altablagerung besitzen keine Bedeutung für den Naturschutz. Versiegelungen sind nicht vorgesehen. Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser sind daher mit den durch das Vorhaben zu sichernden, vorhandenen Nutzungen nicht verbunden.

2.5.4 Schutzgüter Klima und Luft

Teilbereich a

Durch die vorgesehene Bebauung ist lediglich eine auf den Eingriffsbereich begrenzte, geringfügige Änderung des Lokalklimas zu erwarten. Erhebliche klimatische Effekte im Umgebungsbereich können aber ausgeschlossen werden, auch da aufgrund der Reliefsituation keine Funktion als Kaltluftentstehungsgebiet besteht und die Bedeutung für den örtlichen Luftmassenaustausch gering ist.

Teilbereich b

Änderungen des Lokalklimas sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten, da gegenüber der vorhandenen Struktur keine Nutzungsänderung vorgesehen ist.

Aus dem Deponiekörper wird auch heute noch Methan freigesetzt. Neben dem bei Verbrennungsprozessen entstehenden Kohlenstoffdioxid trägt Methan maßgeblich zur Anreicherung der Atmosphäre mit "Treibhausgasen" bei. Es steht damit in dem begründeten Verdacht, über die natürlichen Schwankungen hinausreichende, weltweite Klimaänderungen zu bewirken ("Global Change").

Die Emissionen der ehemaligen Deponie sind unvermeidbar. Technische Lösungen zum Auffangen der Gase sind zwar theoretisch denkbar, vor dem Hintergrund der relativ geringen Mengen und des dafür erforderlichen finanziellen Aufwandes aber nicht sinnvoll umsetzbar.

2.5.5 Schutzgut Landschaftsbild

Teilbereich a

Das Plangebiet liegt in einem landwirtschaftlich geprägten Ausschnitt der Kulturlandschaft mit mittlerer Strukturdichte. Insbesondere in den nördlich und nordwestlich angrenzenden Bereichen ist die Naturnähe, Vielfalt und Eigenart

durch die großflächige Ackernutzung eingeschränkt. Als naturnäher werden hingegen die östlich des Wirtschaftsweges befindlichen Grünlandflächen empfunden, die zudem von Knicks und Gräben stärker gegliedert sind. Landschaftsbildprägend ist der als Eichen-Redder ausgebildete Wirtschaftsweg angrenzend an das Plangebiet. In die Gehölzstrukturen wird voraussichtlich nur in sehr geringem Ausmaß eingegriffen, die Funktion des Redders auch als Element der historischen Kulturlandschaft wird daher nicht beeinträchtigt. Im Süden ist die Landesstraße 149 Hennstedt – Tellingstedt als Vorbelastung zu werten. Sie stellt eine deutliche Abgrenzung zur südlich anschließenden Golfplatzanlage mit gänzlich anderem Landschaftsbildcharakter dar.

Das Plangebiet selbst besitzt als Pferdeweide zwar in größeren Teilen ein höheres Maß an empfundener Naturnähe, mit der Reitplatzanlage im Süden und den angrenzenden Wirtschaftsgebäuden im Südwesten sind aber auch Elemente vorhanden, die als Vorbelastung des Landschaftsbildes anzusehen sind.

Insgesamt ist eine besondere Empfindlichkeit des überplanten Bereiches in Bezug auf das Landschaftsbild nicht gegeben. Durch den Erhalt der begrenzenden Grünstrukturen, die Entwicklung der Grünfläche südlich der Ferienhaus-Anlage und zusätzliche Eingrünungsmaßnahmen kann der verbleibende Eingriff weitgehend minimiert werden.

Teilbereich b

Die bereits gegebene Nutzung als Bauhof / Buschsammelplatz bedeutet eine Vorbelastung des Landschaftsbildes. Dabei ist die Beeinträchtigung aber auf die überplante Fläche beschränkt. Erhebliche Auswirkungen auf den Umgebungsbereich sind nicht erkennbar, da durch die randlich vorhandenen Gehölzstrukturen eine wirksame Eingrünung besteht. In geringem Umfang bestehende Defizite im südöstlichen Böschungsbereich lassen sich durch grünordnerisch empfohlene Bepflanzungen beheben (s. Punkt 2.6).

2.5.6 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Vorkommen von Kulturdenkmälern sind für beide Teilflächen des Plangeltungsbereiches und ihre nähere Umgebung nicht bekannt. Auch Beeinträchtigungen von sonstigen Sachgütern können ausgeschlossen werden.

2.6 Maßnahmen zur Vermeidung / Minimierung und zum Ausgleich erheblicher Umweltauswirkungen

Teilbereich a

Zum Ausgleich der mit dem Vorhaben zu erwartenden erheblichen Eingriffe in den Naturhaushalt wird im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung (vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 16) vom Vorhabenträger eine geeignete Ausgleichsfläche bereitgestellt und privatrechtlich verbindlich für den Naturschutz gesichert. Weitere Maßnahmen sind auch für den überplanten Bereich vorgesehen. Zu nennen ist u.a. die Herstellung von Gehölzstrukturen an der Nord- und Westgrenze der Fläche, die wesentlich auch zur landschaftlichen Einbindung des Vorhabens beitragen.

Zur Minimierung des Eingriffs in den Wasserhaushalt bleibt die Versiegelung von Bodenflächen im Wesentlichen auf die entstehenden Ferienhäuser beschränkt. Verkehrsflächen zur äußeren und inneren Erschließung sollen wassergebunden befestigt werden. Anfallendes, unbelastetes Oberflächenwasser soll eingriffsnah zurückgehalten und versickert werden.

Teilbereich b

Mit dem Vorhaben wird die bisherige Nutzung als Bauhof / Buschlagerplatz planungsrechtlich gesichert. Erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt, die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfordern, sind damit nicht verbunden.

Es sind keine baulichen Entwicklungen mit einer Versiegelung von Flächen geplant. Damit wird auch ein ungehinderter Gasaustritt aus dem Deponiekörper gewährleistet, was Gasansammlungen und -migrationen in benachbarte Bereiche vermeidet (s.a. Punkt 2.5.1, Abschnitt "Gesundheit").

Grünordnerische Hinweise:

Für den Teilbereich b ist die weiterführende Aufstellung eines Bebauungsplanes mit Erarbeitung eines landschaftsökologischen Fachbeitrages oder Grünordnungsplanes nicht vorgesehen. Es werden daher folgende Hinweise / Empfehlungen zur Grünordnung gegeben:

- Die Fläche ist nach Norden, Westen und Süden durch die Waldparzelle und die Gehölzstreifen bereits wirksam eingegrünt. Defizite bestehen in dieser Hinsicht aber im Böschungsbereich an der Südostgrenze, südlich des angrenzenden, bebauten Grundstücks. Empfohlen wird, hier eine Böschungsabflachung vorzunehmen und die Böschung anschließend mit heimischen, standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen.
- Die nordwestlich an den Lagerplatz angrenzende Waldparzelle weist im Randbereich teilweise Beeinträchtigungen durch Ablagerungen von Boden und Schnittgut auf. Mittels eines Zaunes oder durch die Herstellung eines Knickwalles sollte daher eine deutliche Nutzungsgrenze geschaffen werden.
- Beeinträchtigungen durch Ablagerungen von Bauschutt, Schrottteilen und Müll weist auch der westlich die Fläche begrenzende Gehölzstreifen besonders im Bereich der Zufahrt auf. Die Ablagerungen sollten entfernt und die Zufahrt mit einer abschließbaren Schranke gesichert werden.

2.7 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplanes auf die Umwelt (Monitoring)

Nach § 4c BauGB ist die Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen Aufgabe der Gemeinde. Sie greift dabei zunächst auf den Sachverstand der im Zuge der Aufstellung des Bauleitplanes zu beteiligenden Fachbehörden zurück. Sofern diesen Erkenntnisse vorliegen, dass die Durchführung des Bauleitplanes erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat, sind die Behörden verpflichtet, die Gemeinde hierüber zu unterrichten (§ 4 Abs. 3 BauGB). Ggf. ist die Gemeinde dann in der Lage, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen und/oder weitere Überwachungen zu veranlassen.

Teilbereich a

Die Änderung des Flächennutzungsplanes bereitet voraussichtlich erhebliche Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Tier- und Pflanzenwelt vor. Rechtsverbindliche Festsetzungen, die auf eine Umsetzung der Planung ausgerichtet sind, trifft aber erst der vorgesehene, aus dem Flächennutzungsplan entwickelte vorhabenbezogene Bebauungsplan.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes werden die im vorliegenden Umweltbericht aufgezeigten Risiken für die Umwelt-Schutzgüter im Hinblick auf Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen besonders berücksichtigt. Eine Überwachung der verbleibenden, unvermeidbaren Beeinträchtigungen erfolgt durch die zuständigen Fachbehörden des Kreises. Mit Bezug auf das Schutzgut Boden ist dies die Bauaufsichtsbehörde, die im Rahmen der Erteilung von Baugenehmigungen auch die Einhaltung des zulässigen Versiegelungsgrades überprüft. Für das Schutzgut Tier- und Pflanzenwelt und die hier zu erwartenden Eingriffe in Knicks / Gehölzbestände liegt die Zuständigkeit bei der unteren Naturschutzbehörde.

Risiken hinsichtlich weiterer, bisher nicht erkannter Umweltauswirkungen werden auf der Grundlage der bisherigen Planungen gering eingeschätzt. Über die fachgesetzlichen Verpflichtungen hinausgehende Maßnahmen zur Umweltüberwachung werden seitens der Gemeinde daher nicht für erforderlich gehalten.

Teilbereich b

Die Änderung des Flächennutzungsplanes bereitet keine Eingriffe in Umweltschutzgüter vor. Planungsbedingte, besondere Überwachungsmaßnahmen sind daher nicht erforderlich.

Unabhängig hiervon ist auch langfristig eine Überwachung / Beobachtung der Altablagerung notwendig. Diese obliegt der unteren Bodenschutzbehörde des Kreises. Besondere Monitoringmaßnahmen werden dort aber nicht für erforderlich gehalten (s.a. Punkt 2.5.3).

2.8 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung (Nullvariante)

Teilbereich a

Ohne Planumsetzung ist auf der Fläche die Beibehaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung zu erwarten.

Die intensiv betriebene Grünlandwirtschaft bietet nur eingeschränkten Lebensraum für Tiere und Pflanzen und ist allgemein mit einem Risiko der Belastung von Umweltmedien, z. B. durch diffuse Nährstoffeinträge, verbunden. Gegenüber der Planung positiv zu bewerten, ist die Vermeidung zusätzlicher Versiegelungen.

Die weitere Entwicklung in der Landwirtschaft ist abhängig von den agrarpolitischen Rahmenbedingungen und nur schwer zu prognostizieren. Eine aus ökologischer Sicht sinnvolle Extensivierung der Nutzung erscheint nur bei einem finanziellen Ausgleich umsetzbar. Die hierzu derzeit vorhandene Förderkulisse beschränkt sich aber auf die Schwerpunktbereiche des Naturschutzes, zu denen die überplante Fläche nicht gehört.

Teilbereich b

Das Vorhaben hat die planungsrechtliche Sicherung / Legalisierung der gegenwärtigen Nutzung als Bauhof / Buschlagerplatz durch die Gemeinde zum Ziel. Ohne eine Umsetzung ist diese nicht länger zulässig. Eine landwirtschaftliche Nutzung kommt aufgrund der Vorbelastung nicht in Frage. Am wahrscheinlichsten ist daher, dass die Fläche der Selbstentwicklung (Sukzession) überlassen bleibt. Gegenüber der Planung, ist die damit einsetzende Waldentwicklung aus Naturschutzsicht positiv zu bewerten.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Altablagerung sind erhebliche Risiken einer Gefährdung von Umweltmedien, die zukünftige Sanierungsmaßnahmen erfordern, nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand nicht erkennbar.

2.9 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Hennstedt plant die 10. Änderung ihres Flächennutzungsplanes in zwei Teilbereichen.

Im Teilbereich a sollen benachbart zum Golfplatz Apeldör die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung von ca. 10 Ferienhäusern mit angrenzender Spiel- und Freizeitfläche auf 1,6 ha Fläche geschaffen werden.

Der Teilbereich b umfasst nördlich der Ortslage Hennstedt das Gelände der ehemaligen Hausmüllkippe der Gemeinde mit einer Größe von 1 ha. Hier soll die bisher schon stattfindende Nutzung als Bauhof und Buschsammelplatz planungsrechtlich gesichert werden.

Überörtliche Planungen auf Landes- und Kreisebene sowie Aussagen des Landschaftsplanes stehen den Vorhaben nicht entgegen.

Die Ferienhausanlage soll die touristische Bedeutung des Golfplatzes weiter stärken. Als Standort kommt daher nur eine Fläche in unmittelbarer Nähe zum Eingangsbereich in Frage. Alternative Flächen sind deshalb nur begrenzt vorhanden. Gegenüber dem Plangebiet weisen sie aus ökologischer Sicht aber keine Vorteile auf. Wird das Vorhaben nicht umgesetzt, ist die Fortsetzung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung zu erwarten.

Für eine Nutzung als Bauhof / Buschsammelplatz sind in der Gemeinde auch weitere Flächen denkbar. Ökologische Vorteile gegenüber dem bereits vorhandenen Standort sind aber nicht erkennbar, da bei einer Neueinrichtung immer mit Eingriffen in den Naturhaushalt zu rechnen ist. Kann die Planung nicht umgesetzt werden, wird die Fläche wahrscheinlich der Selbstentwicklung (Sukzession) überlassen bleiben. Eine landwirtschaftliche Nutzung ist nicht möglich.

Für die Umwelt-Schutzgüter wird eine erste Risikoabschätzung vorgenommen: Im Teilbereich a (Apeldör) sind durch den Bau der Ferienhäuser und die damit erforderliche Verkehrserschließung der Fläche, Eingriffe in den Naturhaushalt zu erwarten. Danach ist vor allem der Eingriff in den Boden durch Flächenversiegelungen als erheblich einzustufen.. Auch der zu erwartende Eingriff in den vorhandenen Knick / Redder zur Schaffung einer Zufahrt ist erheblich und bedarf besonderer Ausgleichsmaßnahmen.

Mögliche Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes und des Landschaftsbildes können durch eine eingriffsnahe Versickerung von Oberflächenwasser bzw. Eingrünungsmaßnahmen im Norden und Westen des Plangebietes minimiert werden.

Für die übrigen Schutzgüter Mensch, Tiere, Luft und Klima sowie Kultur- und Sachgüter wird von nur geringen Auswirkungen ausgegangen.

Die für den Ausgleich erforderlichen Flächen und Maßnahmen werden in einem landschaftsökologischen Fachbeitrag im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung festgelegt.

Im Gebiet des Teilbereiches b (Bauhof / Buschsammelplatz) ist dagegen nicht mit Eingriffen zu rechnen, da lediglich die bisherige Nutzung fortgeführt wird. Durch umgebende Gehölzstreifen ist die Fläche gut abgeschirmt. Zusätzliche Pflanzmaßnahmen werden nur für den südöstlichen Böschungsbereich empfohlen.

Nach einem Fachgutachten werden durch die ehemalige Müllkippe immer noch Gase (Methan) freigesetzt. Gefahren für die menschliche Gesundheit sind damit aber nicht verbunden, zumal bauliche Anlagen und Versiegelungen nicht vorgesehen sind. Für die Überwachung der Altablagerung ist die Bodenschutzbehörde des Kreises zuständig. Eine umfassende Sanierung wird dort nicht als notwendig erachtet.

Hennstedt, den

16.10.2007




-Bürgermeister -

**Ergänzung gem. Erlass IV 642-512.111-51.49 (10.Ä.)
des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 04-04-2008**

Die Begründung wird wie folgt ergänzt:

Die Ver- und Entsorgungssituation stellt sich für den Planbereich a wie folgt dar:

- **Abwasserbeseitigung**

Das Schmutzwasser aus dem Plangeltungsbereich wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer in geeigneten Kanälen der gemeindlichen Kläranlage zur mechanischen – vollbiologischen Reinigung zugeführt.

Das auf den Baugrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird auf den jeweiligen Grundstücken versickert. Das über die Verkehrsflächen anfallende Niederschlagswasser wird dem projektierten Löschwasserteich im Nordosten der festgesetzten Grünfläche und von diesem dem vorhandenen Grabensystem zugeführt.

Das Plangebiet liegt innerhalb der Schutzzone III A des geplanten Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Linden des Wasserverbandes Norderdithmarschen.

- **Wasser**

Die Versorgung mit Wasser erfolgt durch Anschluss an das Versorgungsnetz des Wasserverbandes Norderdithmarschen.

- **Elektrizität**

Die Versorgung mit Elektrizität erfolgt durch Anschluss an das Versorgungsnetz der E.ON-Hanse AG.

- **Gas**

Die Versorgung mit Gas erfolgt durch Anschluss an das Versorgungsnetz der E.ON-Hanse AG.

- **Telekommunikation**

Der Anschluss an das Telekommunikationsnetz erfolgt zum Zeitpunkt der Umsetzung der Gesamtplanung.

- **Abfallbeseitigung**

Die Abfallbeseitigung erfolgt in geschlossenen Behältern über die zentrale Abfallbeseitigung. Die Abfallbeseitigung ist durch die Satzung über die Abfallbeseitigung des Kreises Dithmarschen geregelt.

- **Feuerlöscheinrichtungen**

Zur Sicherstellung ausreichender Löschwassermengen wird im Nordosten der festgesetzten Grünfläche ein Teich mit einer Größe von ca. 800 m² und einem Volumen von ca. 1.000 m³ hergestellt. Lage, Größe und Ausformung des Teiches sind durch den Vorhaben- und Erschließungsplan geregelt. Im Zuge der Detailplanung sind durch den Vorhabenträger die erforderlichen Abstimmungen – auch hinsichtlich der technischen Ausstattung des Teiches – mit den zuständigen Fachbehörden durchzuführen.

Für den Planbereich b sind über den Bestand hinaus keine weitergehenden Nutzungen vorgesehen; die bestehende Ver- und Entsorgungssituation bleibt unangetastet.

Eingriffs- / Ausgleichsregelung

(s. hierzu auch Punkt 2.6 des Umweltberichtes)

Teilbereich a

Das Planvorhaben bereitet erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt vor, die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfordern. Umfang und Schwere der Eingriffe werden in einem landschaftsökologischen Fachbeitrag zum im Parallelverfahren aufgestellten vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 bewertet. Der Fachbeitrag enthält auch Vorschläge für Kompensationsmaßnahmen. Ihre Sicherung erfolgt durch Festsetzungen im Bebauungsplan und vertragliche Bindung über den Vorhaben- und Erschließungsplan.

Teilbereich b

Mit dem Vorhaben werden keine Eingriffe in den Naturhaushalt vorbereitet, da lediglich vorhandene Nutzungen planungsrechtlich gesichert werden.

Landschaftsplan

(s. hierzu auch Punkt 2.3 des Umweltberichtes)

Der Landschaftsplan wurde von der Gemeinde im November 1998 beschlossen und ist festgestellt. Seine Inhalte wurden in diesem Änderungsverfahren berücksichtigt.

Teilbereich a

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Landschaftsplanes war das Planvorhaben noch nicht bekannt.

Im Bestand wird die Fläche als landwirtschaftliche Nutzfläche (Grünland) bewertet. Eine konkrete auf den Teilbereich bezogene Entwicklungsaussage enthält der Landschaftsplan nicht. Als Entwicklungsziel für einen größeren Teilraum wird auch die Stärkung der Erholungsfunktion genannt. Insoweit besteht für das Planvorhaben kein Widerspruch zu Inhalten des Landschaftsplanes.

Teilbereich b

Im Bestand wird die Fläche als Aufschüttung / Altablagerung dargestellt. Außerdem wird textlich auf die bestehende Nutzung als gemeindlicher Buschsammelplatz hingewiesen.

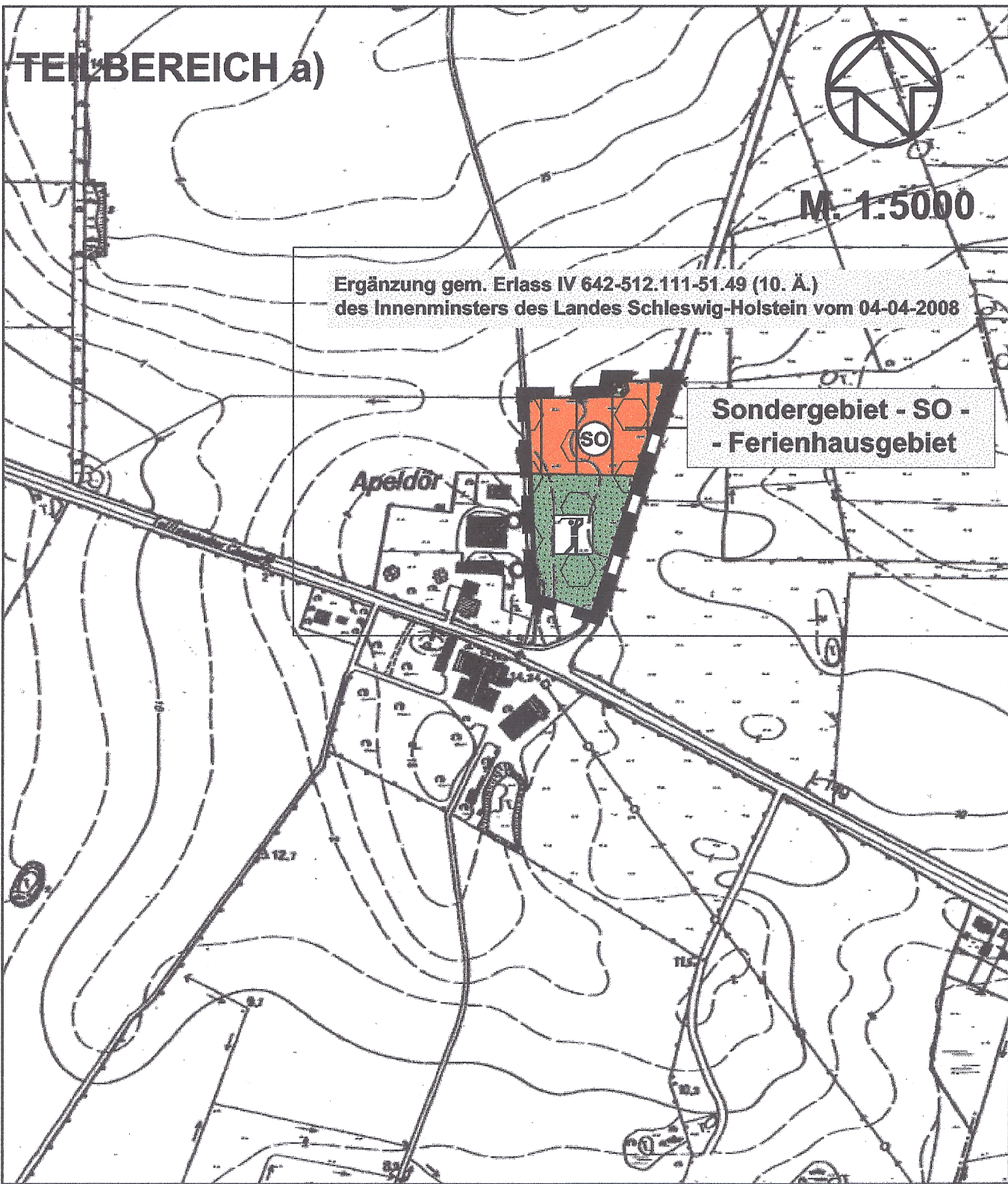
Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt eine Anpassung an die tatsächliche Nutzung und damit auch an die Darstellung des Landschaftsplanes.

Hennstedt, den 02.05.2008



-Bürgermeister -

10. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES DER GEMEINDE HENNSTEDT



ZEICHENERKLÄRUNG:

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG		§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB

	Sonderbauflächen -S- - Bauhof - Buschlager	§ 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO
	Sondergebiete -SO-, die der Erholung dienen - Ferienhausgebiete	§ 1 Abs. 2 Nr. 10 BauNVO

2. GRÜNFLÄCHEN	§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB
----------------	------------------------

	Grünflächen
	Golf und Freizeit

3. SONSTIGE DARSTELLUNGEN

	Umgrenzung der Teiländerungsflächen
--	-------------------------------------

Ergänzung gem. Erlass IV 642-512.111-51.49 (10. Ä.) des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 04-04-2008

4. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN	§ 5 Abs. 4 BauGB
------------------------------	------------------

	gesetzlich geschütztes Biotop - Kleingewässer	§ 25 Abs. 1 LNatSchG
	Altlastenfläche	
	Waldschutzstreifen - 30,0 m	§ 24 LWaldG
	geplantes Wasserschutzgebiet	

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 13.12.2005. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Abdruck im Bekanntmachungsblatt (Informationsdienst) am 23.12.2005.
- Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am 04.04.2006 durchgeführt.
- Die Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche von der Planung berührt sein können, wurden am 15.03.2006 entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert (§ 4 Abs. 1 BauGB).
- Die Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche von der Planung berührt sein können, wurden mit Schreiben vom 8.8.2007 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert (§ 4 Abs. 2 BauGB).
- Die Gemeindevertretung hat am 11.04.2006 den Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung haben in der Zeit vom 27.08.2007 bis 27.09.2007 während der Sprechstunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am 17.08.2007 im Bekanntmachungsblatt (Informationsdienst) ortsüblich bekanntgemacht. Außerdem lagen Informationen zu Landschaft und Natur aus. Es wurde darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.
- Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange am 15.10.2007 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Die Gemeindevertretung hat die Änderung des Flächennutzungsplanes am 15.10.2007 beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.

Hennstedt, den 16.10.2007

BÜRGERMEISTER



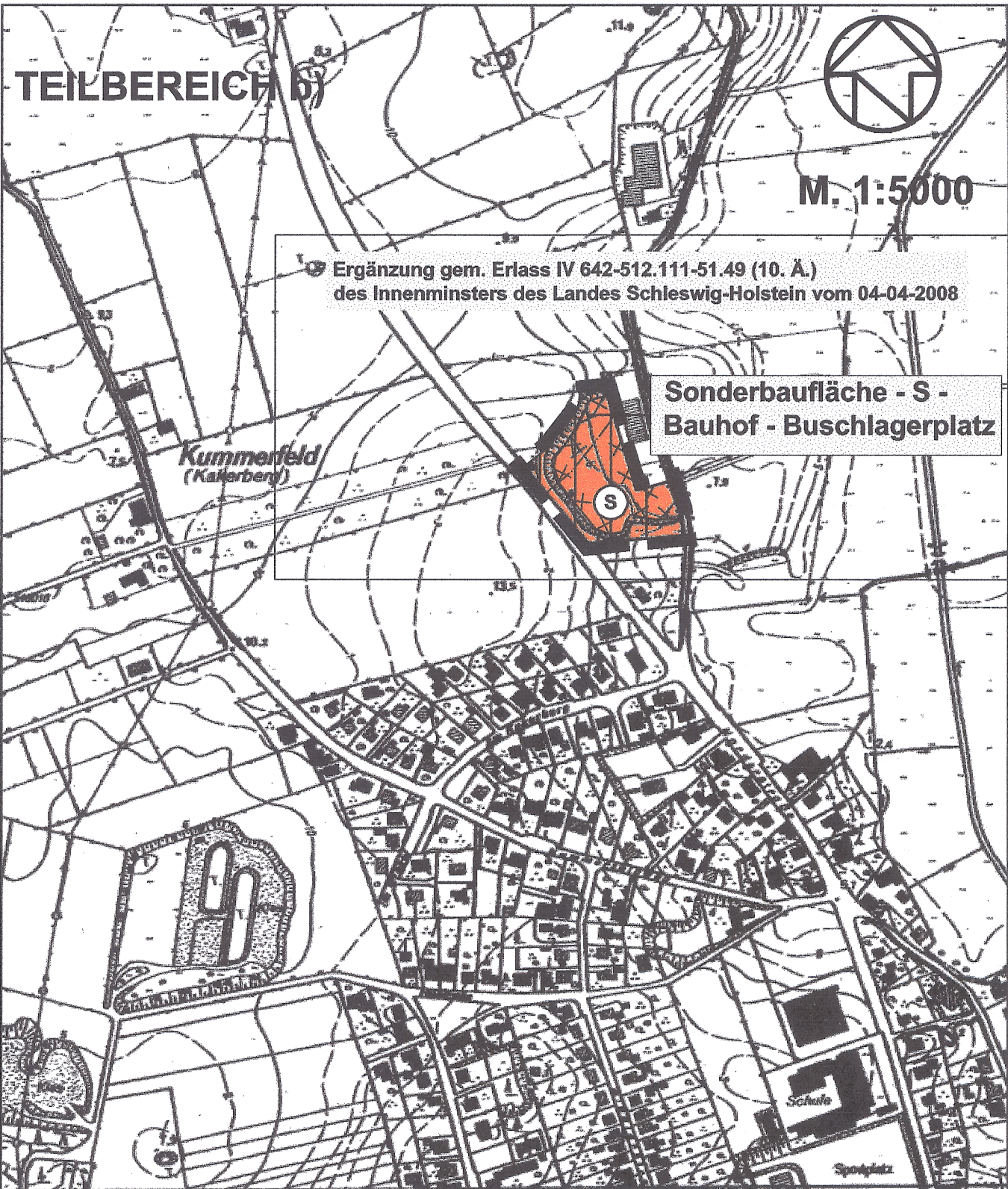
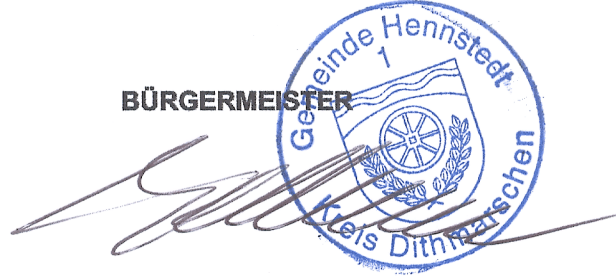
9. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat mit Bescheid vom 04.04.2007 Az.: IV - SA 2.111 - SA.49 (10. Ä.) die Änderung des Flächennutzungsplanes - mit Nebenbestimmungen und Hinweisen genehmigt.

10. Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen vom 04.04.2007 erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom 14.05.2007 bestätigt.

11. Die Erteilung der Genehmigung der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, wurde vom 04.04.2007 bis im Info - Raum ortsüblich bekanntgemacht. In der Bekanntmachung wurde auf die Möglichkeit einer Geltendmachung von Verfahrens- und Formverstößen (§ 214 Abs. 1 BauGB) und von Mängeln der Abwägung (§ 214 Abs. 3 BauGB) sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Die Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mithin am 14.05.2007 wirksam.

Hennstedt, den 15.05.07

BÜRGERMEISTER



10. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES DER GEMEINDE HENNSTEDT FÜR DIE GEBIETE

- APELDÖR, NÖRDLICH DER L 149, ÖSTLICH DER VORHANDENEN BEBAUUNG APELDÖR 1,
- BUSCHLAGERPLATZ, ZWISCHEN SCHULSTRASSE UND BUSCH

PLANUNGSBÜRO

FÜR ARCHITEKTUR UND STADTPLANUNG
DIPL.-ING. HERMANN DIRKS

PLANUNGSBÜRO DIRKS · LOHER WEG 4 · 25746 HEIDE

An das Amt KLG Eider
Bürgerbüro Tellingstedt
Z.Hd. Herrn Maaßen
Teichstraße 1
25782 Tellingstedt



25746 HEIDE
Loher Weg 4

Tel. (04 81) 7 10 66

Fax (04 81) 7 10 91

eMail: Hermann.Dirks@t-online.de

Bankverbindung:

Vereins- und Westbank AG

Kto.-Nr. 30 896 704 (BLZ 200 300 00)

26-05-2008

Betr.: 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hennstedt

Sehr geehrter Herr Maaßen,

anbei senden wir Ihnen die „ergänzte“ 4. Ausfertigung des o.g. Planes mit der ebenfalls ergänzten Begründung zu; ein Arbeitsexemplar ohne „Aufkleber“ haben wir absprachegemäß beigelegt.

Wir hoffen Ihnen mit den Unterlagen gedient zu haben.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'He-Dirks'.

Amt KLG Eider Hennstedt/Dithm.	
14. April 2008	

Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Per Telefax

Amt KLG Eider
Kirchspielsschreiber - Schmidt - Str.1
25779 Hennstedt

Ihr Zeichen: 621.31
Ihre Nachricht vom: 20.12.2007
Mein Zeichen: IV 642 - 512.111 - 51.49 (10. Ä.)
Meine Nachricht vom: /

Dagmar Lau
dagmar.lau@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3336
Telefax: 0431 988-3358

d. d. Landrat des Kreises Dithmarschen
FD Regionalentwicklung
Stettiner Str. 30
25746 Heide

Kreis Dithmarschen
Eing.: - 9. April 2008
Anlagen.....

GESEHEN
und weitergereicht
Heide, 10.04.2008
Der Landrat
des Kreises Dithmarschen
im Auftrag
[Signature]

Nachrichtlich:
Landesplanungsbehörde
IV 536

04.04.2008

Genehmigung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hennstedt

Den von der Vertretungskörperschaft am 15.10.2007 beschlossenen Flächennutzungsplan (bestehend aus der Planzeichnung) genehmige ich nach § 6 des Baugesetzbuches (BauGB).

Ich bitte um Beachtung der folgenden Hinweise:

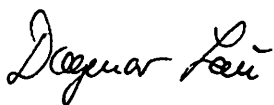
- In die Planzeichnung sollten die im Teilbereich b) befindliche Altlastfläche (Hausmüllkippe) wie auch der gem. § 24 Landeswaldgesetz von Bebauung freizuhaltende Waldschutzstreifen gem. § 5 Abs. 4 BauGB nachrichtlich übernommen werden. Außerdem sollte in der Planzeichnung die Lage des Teilbereiches a) im geplanten Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes Linden und das am nördlichen Rand des Plangeltungsbeereichs befindliche Kleingewässer als gem. § 25 Abs. 1 Landesnaturschutzgesetz (neu) gesetzlich geschützter Biotop gem. § 5 Abs. 4 BauGB vermerkt bzw. nachrichtlich übernommen werden.
- Die Begründung ist zu ergänzen um Angaben zu den Themen Ver- und Entsorgung und Eingriffs-/Ausgleichsregelung. Außerdem sind dort die Abweichungen der Planinhalte von denjenigen des festgestellten Landschaftsplans gem. § 7 Abs. 2 Landesnaturschutzgesetz zu begründen.

- Die im Umweltbericht in Ziffer 2.5.1 zu den Themen „Ver- und Entsorgung“ und „Verkehrsanbindung“ getroffenen Aussagen gehören stattdessen in die Begründung.
- Das Auslegungsexemplar der Begründung ist wie dasjenige der Planzeichnung auch gesondert mit einem beglaubigten Auslegungsvermerk zu versehen; dies ist auch bei künftigen Bauleitplan-Verfahren zu beachten.
- Bei künftigen Bauleitplan-Aufstellungen ist außerdem das Folgende zu beachten:
 - Bei der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB auch die Arten der verfügbaren umweltbezogenen Informationen anzugeben; hierzu gehören z. B. auch der festgestellte Landschaftsplan sowie etwaige Emissionsgutachten und Bodenuntersuchungen.
 - Das Ergebnis der Umweltprüfung ist nach § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in die Abwägung einzustellen. Es muss sichtbar werden, dass das Ergebnis des Umweltberichtes Gegenstand der Abwägung war. Dafür ist das Abwägungsergebnis entweder in der Begründung oder in der Zusammenstellung der Abwägungen zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und der Bürgerinnen und Bürger aufzuführen.
 - Es sind gem. § 2 Abs. 2 BauGB als betroffene Nachbargemeinden ggf. auch die Gemeinden Drage und Süderstapel der angrenzenden Landkreise Nordfriesland bzw. Schleswig-Flensburg zu beteiligen.
 - Den Verfahrensunterlagen sind auch ein Auszug aus der gemeindlichen Hauptsatzung, der die Bekanntmachungsmodalitäten betrifft, sowie ein die Plangeltungsbereiche betreffender Auszug aus dem festgestellten Landschaftsplan inklusive zugehöriger Planzeichenerklärung beizufügen.

Die vorgelegten Unterlagen gebe ich zurück. Änderungen sind zu beglaubigen. Eine Ausfertigung des Planes ist mir nach Berücksichtigung der Hinweise zurückzugeben.

Die Erteilung der Genehmigung ist nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist der räumliche Geltungsbereich zu umschreiben; ferner sind Hinweise nach § 215 Abs. 2 BauGB zu geben. Auf Nummer 4.3 des Verfahrenserlasses vom 3. Juli 1998 (Amtsbl. Schl.-H. S. 576), geändert durch Erlass vom 21.04.1999 (Amtsbl. Schl.-H. S. 199) weise ich hin.

Ich bitte, mir einen Abdruck der Bekanntmachung (bei Aushang mit Datum der Abnahme) vorzulegen und dem Landrat eine Planausfertigung einschließlich Begründung zu übersenden.



Dagmar Lau

Anlagen
3 Planausfertigungen
1 Verfahrensakte

Ausschnitt aus dem info-Blatt des Amtes KLG Eider vom 12.05.2008, Ausgabe 10

**Bekanntmachung des Amtes KLG Eider
für die Gemeinde Hennstedt**

Genehmigung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hennstedt

Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die von der Gemeindevertretung in der Sitzung am 15.10.2007 beschlossene 10. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Hennstedt für die Gebiete a) "Apeldör, nördlich der L 149, östlich der vorhandenen Bebauung Apeldör 1" und b) "Buschlagerplatz, zwischen Schulstraße und Busch" mit Bescheid vom 04.04.2008 Az.: IV 642-511-51.49 (10. Ä.) nach § 6 Abs. 1 BauGB genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekannt gemacht. Alle Interessierte können die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes und die Begründung in der Dienststelle Tellingstedt des Amtes KLG Eider in Tellingstedt, Teichstraße 1, Zimmer 10, während der Sprechstunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Beachtliche Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber dem Amt/ der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dasselbe gilt für die nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Tellingstedt, den 28.04.2008

**Amt KLG Eider
Der Amtsvorsteher**

Im Auftrage
gez. Hans Maaßen

Veröffentlicht im Info-Blatt am 13.05.2008

Die Veröffentlichung wird hiermit bestätigt.

Tellingstedt, den 14.05.2008



Amt Kirchspielslandgemeinden Eider
Der Amtsvorsteher
Im Auftrage